

Fasc ✓  
K-Maly ✓

SPD Stadtratsfraktion | Rathaus | 90403 Nürnberg

Herrn Oberbürgermeister  
Dr. Ulrich Maly  
Rathaus  
90403 Nürnberg

502A

OBERRÜBERGEMEISTER		
1 7. JAN. 2008 / ..... Nr. ....		
V	1 Zur Kts.	3 Zur Stellungnahme
	2	4 Antwort vor Ab-sendung vorlegen
	5	5 Antwort zur Unter-schrift vorlegen

1/m

Nürnberg, 16. Januar 2008  
Riedel/m

**Es gibt viel zu tun in Nürnberg!**  
**350 Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose schaffen!**

Kopie SRD, Ref. I

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die von der SPD-geführten Bundesregierung unter Gerhard Schröder umgesetzten Re-formen am Arbeitsmarkt zeigen inzwischen Erfolge. Die Arbeitslosigkeit ist bundesweit auf den niedrigsten Stand seit 15 Jahren gesunken und auch in Nürnberg massiv zu-rückgegangen. Zunehmend gelingt es auch, die Langzeitarbeitslosen in den Arbeits-markt zu integrieren. Gerade die ARGE Nürnberg leistet hier eine hervorragende und erfolgreiche Arbeit, wofür sich die SPD-Stadtratsfraktion bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern herzlich bedankt.

Trotz dieser Erfolge gibt es eine große Anzahl von Langzeitarbeitslosen, die aufgrund besonders schwerwiegender Vermittlungshemmnisse - v.a. gesundheitlicher Ein-schränkungen - trotz aller Bemühungen keine realistische Chance auf Beschäftigung im regulären Arbeitsmarkt (mehr) haben. Inzwischen hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass die derzeitigen Instrumente wie z.B. sogenannte „Ein-Euro-Jobs“ zu kurzatmig angelegt sind und es einen öffentlich organisierten und finanzierten Arbeitsmarkt braucht, um diesen Menschen durch Arbeit soziale Teilhabe und ein menschenwürdi-ges Leben zu ermöglichen.

Mit dem Instrumentarium des neu eingefügten § 16a SGB II (JobPerspektive) soll die Bundesagentur bis zum Jahr 2009 100.000 Menschen in staatlich subventionierte Kombilohnprogramme bringen. Dies soll durch einen Beschäftigungszuschuss als Aus-gleich der zu erwartenden Minderleistung des Arbeitnehmers erfolgen. Für Nürnberg stehen die Mittel für rund 350 solcher teilweise sozialversicherungspflichtigen Arbeits-plätze zur Verfügung. Die Arbeitsplätze werden bis zu 75 Prozent finanziert.

Mit der geplanten Maßnahme, Arbeitsplätze auf der Basis der Förderrichtlinie für Job-Perspektiven zu schaffen, ist ein Jobabbau bei regulären Arbeitsplätzen nicht verbun-den.

Es gibt viel zu tun in Nürnberg, und damit eröffnen sich Einsatzmöglichkeiten für Men-schen, die keine Chance auf dem Arbeitsmarkt haben, und allen Bürgerinnen und Bür-gern, ob jung oder alt, Gewinn bringen.

Dabei sieht die SPD-Stadtratsfraktion drei Schwerpunkte:

- 2 -

1. Sicherheit und Sauberkeit: Durch zusätzliche Reinigungsgruppen kann dazu beigetragen werden, dass unsere Stadt sauberer wird. Viele Parks, das Straßenbegleitgrün und auch manche Ecken in den verschiedenen Stadtteilen könnten intensivere Reinigungen dringend gebrauchen.  
Durch einen vermehrten Einsatz von Stadtwacht- und Parkaufsicht-MitarbeiterInnen kann das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger erhöht und im Notfall schnell Hilfe angefordert werden.
2. Unterstützung von Kindertageseinrichtungen: Durch hauswirtschaftliche Unterstützung könnte das pädagogische Personal sich verstärkt den fachlichen Aufgaben zuwenden und sichergestellt werden, dass die Kinder ein gesundes Frühstück und Mittagessen erhalten. Die Talente und Kompetenzen, die bei vielen Langzeitarbeitslosen vorhanden sind, z. B. die Sprachkompetenz bei alleinerziehenden, langzeitarbeitslosen AusländerInnen, die Kompetenz arbeitsloser Handwerker oder spezielles Wissen durch Hobbys können bei der Organisation von Bildungs- und Lernprozessen in Kindertageseinrichtungen für Kinder gewinnbringend eingebracht werden.
3. Ältere Menschen unterstützen: Seniorennetzwerke in Stadtteilen könnten durch Hol- und Bringdienste, Einkaufsservice, Haushaltsunterstützung weiterentwickelt und attraktiver gemacht werden und somit einen längeren Verbleib in eigener Wohnung und sozialem Umfeld im Stadtteil ermöglichen.

Die SPD-Stadtratsfraktion stellt zur Behandlung im Sozialausschuss folgenden

**Antrag:**

1. Die Verwaltung berichtet, unter welchen finanziellen Belastungen die Schaffung von 350 Arbeitsplätzen möglich ist und entwickelt einen Finanzierungsvorschlag. Dabei ist zu berücksichtigen, inwieweit durch Einsparung kommunaler Leistungen nach SGB II und den Erwerb von Rentenansprüchen Entlastungseffekte eintreten, mit denen die anfallenden Lohnkosten ganz oder teilweise ausgeglichen werden könnten.
2. Die Verwaltung entwickelt gemeinsam mit der ARGE und NoA sowie unter Einbeziehung der Wohlfahrtsverbände und gemeinnützigen Vereinen ein Beschäftigungsprogramm zur Schaffung von 350 Arbeitsplätzen in den Bereichen Sicherheit und Sauberkeit, Unterstützung von Kindertageseinrichtungen und zur Unterstützung von älteren Menschen.
3. Die Verwaltung berichtet über die beabsichtigte Eingruppierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der zu schaffenden Arbeitsplätze und stellt die Vergütung bei vergleichbaren, bereits bestehenden Arbeitsplätzen dar.
4. Die Grundzüge des Konzepts werden im nächsten Sozialausschuss vorgelegt.

Mit freundlichen Grüßen



Gebhard Schönfelder  
Vorsitzender